

Vereinsnachrichten

Wittenerverein Nieska I und Umgegend. Monatsversammlung Sonnabend, den 5. Februar, abends 7 1/2 Uhr im Kronprinz. Tagesordnung: Vergütungen am 26. Febr. im Stern, Verteilung der Einladungsarten hierzu. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Ver. Gruppe Nieska des Deutsch. Gesamt.-Bund. Freitag, den 4. Februar, abends 7 1/2 Uhr bei Höpfer Sitzung des Ortsausschusses.

N. S. C. 10. Donnerstag, 3. 2. 21, abends 7 Uhr Spiel-ausschuss, 8 Uhr Spielerzusammenkunft, nachdem Vorstands-sitzung; alles Karpien.

G. e. P. Donnerstag 8 Uhr Zusammenkunft im Vereins-lokal Wettiner Hof.

„Jäger und Zehner“. Morgen Donnerstag abend 7 1/2 Uhr Versammlung im Vereinslokal „Stadt Dresden“.

Niesker Sport-Verein e. V. Donnerstag 8 Uhr Jugend-zusammenkunft Schlachthof.

Chorverein. Morgen Donnerstag, 3. Febr., 8 Uhr Probe. Vollständiges Erscheinen dringend erwünscht.

Verein der Kleinrentner. Musik freitag, den 4. 2.

Deutsche Volkspartei.

Mitgliederversammlung
Donnerstag, den 3. Februar, abends pünktlich 8 Uhr
Restaurant zum Gerold.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Parteisekretärs Herrn Kapitän Fischer über den Parteitag in Nürnberg.
2. Sonstiges. 3. Aussprache.

Der Vorsitzende.

Deutschnationale Volkspartei

Vorträge über:
„Der Friedensvertrag von Versailles“
durch Herrn Schuldirektor Wittreich-Weipig:
Sonnabend, den 5. 2., 7 1/2 Uhr abends Nieska „Elderraffe“.
Sonntag, den 6. 2., 2 Uhr nachm. Zeitheim „Stern“.

Die Parteifreunde mit erwachsenen Angehörigen, wie auch Gäste, sind herzlich eingeladen. Ortsgruppe Nieska.

Deutscher Eisenbahner-Verband

Ortsgruppe Nieska, Stationäre Beamte und Hilfsbeamte.
Donnerstag, 3. Februar, abends 7.30 im Volkshaus

Sektionsversammlung.
- Erscheinen ist Pflicht jedes Kollegen. -

Reichsvereinigung ehemal. Kriegsgefangener.

Heimkehrer-Abend!
Unser Kaffeeabend findet am Dienstag, 8. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im Hotel „Stern“ in Nieska statt. Es werden reichhaltige, genussreiche Stunden geboten werden, das Fest-Komitee wird bestens für Unterbringung seiner Mitglieder nebst Gästen sorgen. Ball, humoristische Unterhaltung, Aufführung vom Lagerleben, Schaulustigungen werden miteinander abwechseln, Würfelbude, Weinzimmer werden für verdorbene Gaumen sorgen. - Achtung! Kriegs-gefangenenzeitung. Punkt 8 Uhr erscheint die „G. e. u. P. C. W. Zeitung“. Die Pressekommission wird fleißig arbeiten, die verdaulichsten, gesündesten Sachen und Artikel zu bringen. - Mitglieder werden gebeten, in Kriegs-gefangenenkleidung zu erscheinen.

Motto: „Alles, alles in allem, es muß gemütlich werden am 8. Februar 1921 auf Erden, besonders im Hotel „Stern“, nicht wahr, wer te Damen und Herren?“

Programms liegen aus in Nieska: Eisenhandlung Diehner, Kaufmann Radisch; in Gröba: Buchhandlung Jengisch, Zigarettengeschäft Salorte.

Der Vorstand, Das Komitee.

Genossenschaftsversammlungen.

Die Genossenschaftsversammlung der Flur Nieska findet Dienstag, den 8. Februar, 4 Uhr nachm. im Restaurant von Schmaltz, die der Flur Gröba 8 Uhr abends im „Goldenen Adler“ statt. Tagesordnung bei beiden Versammlungen: Prüfen der Jahresrechnungen, Wahl des Vorstandes und seiner Stellvertreter, freie Anträge.

Der Vorstand.

Wohltätigkeitsverein „Sächsische Sechskule“

Zweigverein Weida.
Jahreshauptversammlung
Sonnabend, 5. Februar, abends 8 Uhr im Vereinslokal.
Um zahlreichen Besuch bittet der Gesamtvorstand.

Schweine-Versicherungs-Verein

Lautsachsen und Umgegend.
Sonntag, den 6. Februar, nachmittags 2 Uhr findet im Hofhof zu Lautsachsen

Generalversammlung

Tagesordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Vorlegung der Jahresrechnung.
3. Steuer- und Schadenerschöpfung.
4. Anträge.

Um zahlreiches Erscheinen bittet der Vorstand.

Thiemes Tanzstunde, Gröba.

Die 2. Unterrichtsstunde findet nicht Freitag, sondern Montag, den 7. Februar, statt.
Anmeldungen werden noch entgegengenommen. Besonders sind noch Damen erwünscht.

Schachtungswohl P. Thieme.

Zigaretten-Spezialhaus

empfehlen
la Schwarzen Krauser
50 gr M. 2.60, 3.10
la Rauchtak (reine Blattware)
100 gr M. 4.50

Nieska, Baufiger Str. 3 Gröba: Auswahl in Zigaretten und Zigaretten in allen Preislagen.

Robert Niederle

Gröba, Weststraße 19
aus der Gefangenschaft zurückgekehrt
empfiehlt sich zur Anfertigung neuer Schuhe
und in Reparaturen.

Gasthof „Stadt Nieska“, Poppitz

Morgen Donnerstag von 7 Uhr an

feiner Tanzabend.

Gasthof Reussen.

Katerbummel

Zu dem am Sonnabend, 5. Febr., abds. 7 1/2 Uhr stattfindenden

der Dachziegel-Fabrik Gröba sind alle Kollegen, Kolleginnen und eingeladenen Gäste herzlich willkommen.

Der Festausschuß.

Dampfbadschänke.

Triost-Münstlerkonzert

Donnerstag, den 3. Februar
- Anfang 7 1/2 Uhr. -
Um recht regen Besuch bitten Gustav Sabbe u. Frau.

Gasthof Gröba.

Donnerstag, den 3. Februar, Auftreten von

Hr. Junghühnells

berühmte humoristische

Sänger u. Schauspieler.

Mitbewährte u. berühmte Herrengesellschaft.
Nur Neubeitern! 12 Herren!
Nur das Beste!

Brillanter Loth-Spielplan!

Anfang punkt 7 1/2 Uhr.
Eintrittspreise:
Spezial (num.) Vorverkauf M. 4.- an der Kasse M. 5.-; Saalplatz Vorverkauf M. 2.50, an der Kasse M. 3.-, Galerie M. 1.50 - ohne Willkürsteuer.

Vorverkauf bei Feiseur Jual und im Gasthof.

der Gutsbesitzer

Hermann Großböhmigen.

Dies zeigen hierdurch schmerz erfüllt an
die trauernden Hinterbliebenen.

Bahra, den 2. Februar 1921.

Die Beerdigung findet Sonnabend,
den 5. Februar, nachmittags 2 Uhr vom
Trauerhause aus statt.

Danksagung.

Allen, die unserm lieben Entschlafenen, dem

Maurermeister Paul Frischen

bei seinem Heimgang die letzte Ehre erwiesen haben, insbesondere seinen
Arbeitern und Mitarbeitern im Beruf und Geschäft, seinen Freunden und
Bekannteten, den beteiligten Vereinen, auch Kirche und Schule, sagen wir
für ihre wohlthuende Teilnahme an unserm Schmerz, für die reichen Kranz-
spenden, für alles Mitempfinden in Wort und Schrift unsern

aufrichtigen und herzlichen Dank.

Gröditz, den 1. Februar 1921.

Meta Frischen und Sohn.

Für die überaus zahlreichen wohlthuenden Beweise der Liebe, des

Bellaides und der Verehrung bei dem Heimgange unseres geliebten,
unvergesslichen Vaters und Schwiegervaters, des

Gutsbesitzers

Carl Hermann Kiessling

sagen wir hiermit unsern

herzlichsten Dank.

Boritz, am 30. Januar 1921.

Die tieftrauernden Kinder.

Schweineschmalz

Pf. reines
Pfund 13.50 M.

Jf. Tafelmargarine

Pfund 11.50 M.

empfehlen
Emil Alinger, Bismardstr. 11a, Telefon 581.

KAFFEE

Marke „Edelkaffee“
(gerösteter Bohnenkaffee) in höchster
Qualität, kräftig und ergiebig

M. 22.-, 24.-, 28.-, 30.-, 32.-

Schokoladen, Biscuits, Vanille
Bonbons, Konfitüren

Feinste Tafelmargarine
das Pfund M. 11.50

Rieser Kaffee-Röstwerk

Adolf Bormann

Wettinerstr. 25
Erste Verkaufsstelle für Wiederverkäufer.

Telefon 444

Wachstuche

und -Beden
in verschiedenen Breiten
und Farben zu billigen
Preisen am Lager
empfehlen

G. Schröter

vorn. G. vert. Motiva
Schnittwaren
und Kosterhalle
Wettinerstr. 28.

Vom billigsten

bis zum besten
empfehlen

Fahrrad-Mäntel

Fahrrad-Schläuche
und sämtliche
Zubehörteile.

Franz & Emil Müller

Fahrradhandlung
Meyersdorf, Fernstr. Nieska 608
Nieska, N. W. Pl., Nr. 607.

Marmelade, Pflaumenmus
empfehlen Th. Docter.

Zur Saftnachtsbäckerei

empfehlen
Schweineschmalz, 13.50,
Margarine, 11.50,
Koffein, Pfund u. 13.00 an,
Mandelu, 18.00.

Sda verw. Hofberg, Nidritz.

Reines Schweineschmalz,
Pfund 13.50 M.,
Margarine, Pfund 11.50,
neue Fettberinge

wieder eingetroffen.
W. vert. Hofmann,
Goethestr. 77.

Frischen Spinat

und Sellerie
empfehlen
Carl Pohmann,
Goethestr. 39. Telefon 715.

Margarine.

Deute ist wieder ein großer
Boiten frische Süßrahm-
Margarine eingetroffen und
empfiehlt billigst Pfund- und
sentnerweise

H. Gruhle

Bismardstr. 35a. Telef. 652.
Morgen früh frisch eintreffend

Stablian.

Ernst Schäfer Nachf.

Morgen Donnerstag früh
H. Edelkaffee
H. Seebach
H. Stablian
H. Karbonadenkaffee.
Clemens Bürger.

Freiwillige

Sanitätskolonne
Freitag abend 8 Uhr
Hebung im Hebungshof.
Das Erscheinen der alten
Kameraden wird erwartet.
Der Kolonnenführer.

Freitag 8 Uhr Monats-
versammlung.
Der Vorstand.

Die heutige Nr. umfasst
8 Seiten.

Dr. Simons über die Forderungen der Entente.

Deutscher Reichstag.

Mitb. Berlin, 1. Februar

Saus und Tribünen sind überfüllt, auch vor dem Reichstagsgebäude drängt sich eine große Menschenmenge. Auf der Tagesordnung steht:

Entgegennahme einer Regierungserklärung.

Am Ministertische: Sämtliche Kabinettsmitglieder und eine Reihe von Regierungsvertretern und Vertretern der Länder. Die Diplomatenloge ist ebenfalls fast besetzt, der österreichische Vertreter, die Vertreter der Lebensmittelwirtschaft und der Schmelz sind anwesend, desgl. der erste Vizebotschaftsrat der französischen Botschaft.

Präsident Ebert eröffnet die Sitzung kurz nach 4 1/2 Uhr und erteilt das Wort dem

Reichsminister des Innern Simons:

Selten hat eine politische Verhandlung solche Verwirrung in den Köpfen angereizt wie die Pariser Verhandlungen. Eben war der Entwurf des Plan erörtert, nun kommt die neue Note. Er schildert nunmehr den Verlauf der Verhandlungen und bespricht den Inhalt der Note. Anknüpfend an Spa ist diese Note insofern gekommen. Von den Verhandlungen in Boulogne ist uns nichts bekannt geworden, diese Verhandlungen sind in Spa garnicht erwähnt worden. Spa hat nicht zugehört und die Verhandlungen verzögert sich immer mehr, sodass er eine rasche Beilegung anordnet habe. Es kamen die Prüfer Verhandlungen zustande, die dann aber auch ohne endgültiges Ergebnis verlor wurden. Inzwischen kam die Anregung mit der vorläufigen Zahlung von 50 Milliarden, mit der wir uns schweren Herzens abgefunden hatten. Die britische Regierung erklärte schließlich, sich diesem Vorschlag anzuschließen. In Paris wurde das Wort anders, der Entwurf der Note trat ganz zurück. Die Vorwürfe, dass die deutsche Regierung nicht selbst mit politischen Vorschlägen hervorgetreten sei, treffen nicht zu. Wir haben solche gemacht, sie sind aber nicht beachtet worden, auch in Spa haben wir Vorschläge gemacht, die allerdings noch nicht eingehend sein konnten, aber doch unter anderem einen Finanzierungsplan enthielten. Sie sind unter den Tisch gekehrt. Pläne alternativer Form zu machen, so lange Oberflächlich noch eine ungelöste Frage bildet, halte ich für unmöglich; dazu kommen unsere ungelösten Wirtschaftsverhältnisse und die unklare Situation. Wir haben auch gegenüber dem Entwurf keinen Bedenken geäußert, wir haben nur erklärt, dass wir keine bindenden Abreden annehmen könnten. Der französische Botschafter selbst habe ihm daraufhin erklärt, dass dazu in Brüssel Gelegenheit zur Erörterung sein werde (Hört, hört).

Der Wortlaut der Note deckt sich mit dem uns übermittelten Wortlaut. In der Entwurfsfassung werden Derogationen, Marinelauf und Luftlauf vorgeschrieben. Es handelt sich hier um Entscheidungen, gefasst werden sie nicht. Das hindert nicht, dass wir uns dazu äußern. Es sind uns zwar gewisse längere Fristen zur Durchführung der Verhandlungen, ich vermute aber jedes Wort der Anerkennung für das, was wir in der Entwurfsfassung schon geleistet haben; vielmehr klagt stets das Misstrauen gegen uns wieder heraus. Die Reparationsfrage ist auf die Zahlungen angelegt, die sich auf 42 Jahre verteilen und mehr als 300 Milliarden erfordern, während Boulogne nur 200 Milliarden forderte, ferner aber auf variable Zahlungen mit einem 12 prozentigen Aufschlag auf unsere Ausfuhr. Die Zahlungen der freien Abgaben erfolgt in Baus, die der variablen in Gold. Als Sicherheit soll die Kolonialverwaltung Deutschlands gelten und ein Generalvollmachtnehmer eingesetzt werden. Bei Veräufnissen soll die Kolonialverwaltung beschlagnahmt werden. Außerdem ist eine strenge Ausfuhrkontrolle vorgeschrieben, die den Alliierten eine Kontrolle des ganzen Wirtschaftslebens ermöglichen würde. Hierzu kommen die Zinsrückstellungen mit ca. 15 Milliarden für das Jahr, die Unterhaltungskosten für die zahlreichen Kommissionen, die Kosten für das in den besetzten Gebieten beschlagnahmte Material. Wo bleibt die Anrechnung dessen, was wir schon geleistet? Auch ist nichts gesagt, ob wir bei Ausgabe der Baus die beim Waffenstillstand hinterlegten Schatzkassen zurückhalten. Das neue Programm enthält also Unklarheiten und Widersprüche. Variable Summen dürfen uns nicht auferlegt werden. Desgleichen sind nach dem Waffenstillstand nur 30 Jahre der Tilgung vorgeschrieben. Von allem ist keine Rede mehr. Es müßte doch festgelegt werden, wie hoch der angedrohte Schaden eigentlich ist. Was Frankreich bisher aufgewendet hat, ist verhältnismäßig gering, ohne daß nur eine Mauer aufgebaut worden ist. Die Schäden der französischen Sachverhältnisse sind Herrn Poincaré zu niedrig erschienen, sie sind erhöht worden. Aber deutsche Sachverhältnisse hinzuzurechnen ist niemandem eingefallen. Die Summe, die jetzt angegeben wird, scheint also mehr oder weniger willkürlich zu sein. Gomenoux hat leiserweise erklärt, daß ein Eingriff in unsere Freiheit nicht beabsichtigt sei, von einer Volkontrolle war nie zuvor die Rede. Die Regierung ist sich darüber klar, daß der Weg, der vorgeschlagen wird, unpraktisch und somit ungangbar ist und auf eine wirtschaftliche Verfallung hinausläuft. Daran ändern die uns in Aussicht gestellten Kapazitätsgrenzen von 8 und 6 Prozent nichts. Die Entente glaubt vielleicht, wir könnten im Ausland eine Kautschukindustrie aufbauen, wie einfach unmöglich, zumal die Bestimmungen der Reparationskommission hier schon eine Barriere gegen uns haben. Es würde also auch nicht einmal das Land in Frage kommen, das die Alliierten während des Krieges finanziert hat. Die Forderung ist eine Entwertung der deutschen Industrie. Was das Ausland für trauen, so wird der Wank erschwert; ist das nicht möglich, so muß sie der Arbeiter tragen. Gefangenarbeit ist stets eine ungeliebte Konkurrenz der freien Arbeit, wir werden 42 Jahre lang Gefangenarbeit leisten müssen. Redner kommt dann auf die Strafbestimmungen zu sprechen, die er noch nicht amtlich erhalten hat, die er aus einem Interview entnommen habe. Auf Hochachtung der äußersten Linken bietet der Minister, seine rein objektiven Äußerungen nicht durch Hochachtung zu fören.

Zu den Strafbestimmungen gehört auch die eventuelle Errichtung eines eigenen rheinischen Zollgebietes sowie die Nichtaufnahme in den Völkerbund. Der letztere Punkt interessiert uns weniger, solange wir noch nicht den Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund gestellt haben. Bedenke hat der Völkerbund so, wie er jetzt ist, nicht viel Wert für uns. Die Regierung kann in dem Zusammenhang nicht die moralische Verantwortung für weitere Verhandlungen haben, es ist aber ihre Pflicht, alle Mittel

anzuwenden, um zu entsprechenden deutschen Gegenmaßnahmen zu kommen (Beifall).

Präsident Ebert beantragt, die Sitzung jetzt zu verlegen und die Besprechung erst Dienstag vorzunehmen, nachdem die Fraktionen hierzu Stellung genommen.

Abg. Hoffmann (Komm.) will zur Geschäftsordnung sprechen, gibt aber trotz mehrfacher Unterbrechung durch den Präsidenten eine Erklärung ab, in der er die Forderungen der Entente als ein Frucht des deutschen Imperialismus bezeichnet. Der Reichstag habe bereits öfters durch seinen Abbruch der Verhandlungen die völlige Bankrotterklärung der bisherigen auswärtigen Politik unterstrichen. Wenn er heute wieder ohne Debatte auseinandergehe, erkläre er sich ebenfalls für bankrott (Redner wird fortwährend von Entrüstungs- und Schlußrufen unterbrochen).

Abg. Müller-Franke (Soz.). Die großen Parteien haben den Wunsch ausgesprochen, erst zu der Rede des Ministers Stellung zu nehmen. Wir sind daher für den Antrag des Präsidenten. Auf die Worte des Vorredners einzugehen, haben die Parteien keinen Anlaß, die auf dem Boden der Verfassung stehen.

Abg. Schiffer (Zem.) protestiert gegen den Ton der Ausführungen des Abg. Hoffmann und betont die Notwendigkeit, anerkannt die Bedeutung der Debatte jedes Wort auf die Tagesordnung zu legen.

Abg. Ledebour (Nachh.). Trotz anfänglicher Bedenken haben wir davon Abstand genommen, diese Angelegenheit durch eine Geschäftsordnungsdebatte herabzudrücken.

Gegen die Stimmen der Kommunisten wird der Antrag des Präsidenten angenommen.

Dienstag nachmittag 1 Uhr Besprechung der Regierungserklärung, Eröffnung der 3. und 2. Sitzung des Reichstags samt den bislang ausgehobenen Abstimmungen.

Schluß 5 1/2 Uhr.

Die Erweiterung des Kabinetts gescheitert.

Aus Berlin wird gemeldet: Die Angelegenheit der außerordentlich frühen Lage des Reiches von der Deutschen Volkspartei angebotene Bildung einer nationalen Einheitsfront durch ein Kabinett von den Deutschnationalen bis einschließlich der Reichsbauern, ist wie wir hören, von den Deutschnationalen wie von den Sozialdemokraten abgelehnt worden. In den Verhandlungen des Reichstages wurde geltend gemacht, daß die Gründe der Ablehnung mangelhafter Natur seien. Gegenüber der Bildung eines Berliner Kabinetts, das mit der Deutschnationalen Volkspartei wegen ihrer etwaigen Beteiligung an dieser neuen Regierungsbildung nicht einmal gesondert verhandelt worden sei, wird uns von informierter Seite mitgeteilt: Die Herren Dr. Stresemann als Parteivorsitzender, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Nießer und Generalvizecker haben sich an die deutschnationalen Volkspartei, vertreten durch Herrn Herat, mit der Bitte um Eintritt in die Koalition zur Herstellung eines nationalen Kabinetts von den Deutschnationalen bis zu den Reichsbauern gewandt. Herr Herat hat jedoch abgelehnt mit der Begründung, das könne er nicht tun, somit seien ihm am 20. Februar vier Millionen Wähler davon.

Der „Vorwärts“ der russischen Welt zu bewahren empfiehlt, schreibt u. a.: Die Regierung hat nach innen die allerbeste Stellung, da sie in der entscheidenden Frage alle Parteien hinter sich hat. Nach außen würde eine andere aus diesem Reichstage hervorgehende Regierung auch kaum eine bessere Lage schaffen. Am wenigsten bestehen unter solchen Umständen für den Reichsminister Simons Gründe, aus seinem Amte zu scheiden. — Die „Vollst.“ gibt der Auffassung Ausdruck, daß die Einheitsfront, die Geschlossenheit des Reichstages gegenüber der Pariser Beschlüssen, auch ohne eine Verbreiterung der bestehenden Regierungskoalition nach rechts und links lediglich durch Erklärungen der Parteien im Parlament deutlich beweisen lassen.

Die Drohung mit der Vefegung.

Die Londoner „Morningpost“ schreibt: Das beste Mittel, Deutschland zum Zahlen zu zwingen und das beste Mittel für den Fall der Nichtzahlung sei, die Verlegung des linken Rheinufers permanent zu gestalten. Frankreich würde auf diese Weise seine natürliche Grenze, den Rhein, erhalten.

„Daily Express“ meldet aus Berlin: Die deutsche Regierung hoffe, obwohl sie die Lage für sehr ernst ansehe, immer noch, daß die rechtlichen Erörterungen der Finanzsachverständigen in Brüssel eine neue Grundlage für die Konferenz schaffen werden und daß dort vernünftiger Bedingungen festgelegt werden könnten. Andererseits werde die deutsche Regierung den Alliierten erklären, daß die neuen Bedingungen dem Vertrag des Vertrages gegenüber den Alliierten bei der Unterzeichnung des Vertrages gegebenen Besprechungen zuwiderlaufen. Im Gegensatz zu einem im Reichstage verbreiteten Gerüchte beabsichtigt das deutsche Kabinett keineswegs zurückzutreten, sondern veruche eine Lösung der Schwierigkeiten zu finden. Es werde sich jedoch den Bedingungen der Pariser Konferenz nicht unterwerfen, es sei denn, daß diese vollkommen abgeändert würden.

Aus London wird gemeldet: Im Mittelpunkt des Interesses steht die von Deutschland geordnete Wiederherstellung, insbesondere die Frage der Haltung Deutschlands. Die Urteile der Presse gehen, der politischen Richtung der Blätter entsprechend, weit auseinander. Während „Manchester Guardian“, „Westminster Gazette“ und „Star“ die Beschlüsse der Interalliierten in der Wiederherstellungsfrage zum Teil schärf beurteilen, stimmen „Evening Standard“, „Globe“, „Wall Wall Gazette“ und „Evening News“ der Pariser Konferenz zu. Ueber die Haltung Deutschlands berichtet „Manchester“. Die Wiederherstellung der Urteile ist jedoch auf das Wort „Deutschland wird zahlen“ abgelehnt. — „Daily Express“ meldet aus Washington, daß die amtlichen amerikanischen Kreise nicht besonders begeistert über das Reparationsprogramm der Alliierten sind. Sie meinen, es sei Deutschlands Sache, zu sagen, ob der Plan Erfolg haben könne. Es wird darauf hingewiesen, daß die in Paris getroffenen Entscheidungen von vitaler Bedeutung für die amerikanischen Handelsbeziehungen nicht nur zu Deutschland, sondern auch zu den Alliierten sind.

Eine Schweizer Stimme.

Die „Baseler Nachrichten“ verurteilen unter Kennzeichnung der schweren Folgen für die Neutralität die in Paris diktirte Kreditabgabe und schilbert, daß das neutrale Land wieder die ganze wirtschaftliche Kontrolle und die Handelspläne, die während des Weltkrieges blühten, über sich ergehen lassen müsse.

S. D. S.

Wenige die ganze deutsche Presse hat die endgültigen Beschlüsse der Pariser Konferenz der Alliierten mit einer unheimlichen Ruhe aufgenommen, nachdem sie vorher die mit dem Schlussergebnis gleichwertigen Vorschläge des französischen Finanzministers Doumer, gerade wie zuerst auch Lloyd George, für ein „Stück aus dem Tollhause“ erklärt hatte. Auch der jetzt zu überlebende Verlauf der öffentlichen Erörterung in Deutschland läßt sich am besten etwa als ironische Ablehnung von Narrenschwätz kennzeichnen.

Nun sind ante Arden eine herrliche Gabe für den Politiker und den Journalisten: die ruhige Zurückhaltung der deutschen Zeitungen in internationalen Fragen nicht wühlend von dem aufgeregten Gebahren etwa der französischen Alliierten ab und ist die würdevollste Haltung für den zurzeit durch feindliche Uebermacht zu Boden Gedrückten. Aber in der hier behandelten Angelegenheit soll man sich, auch bei äußerlich gefasster Haltung, des ganzen fürchterlichen Grastes unserer Lage durchaus bewußt sein. Es besteht kein Zweifel, daß die Verworfenen von Paris in vier Wochen die von Deutschland zu ergebenden Summen, die Mittel zur Ausführung der Erpressung und die Zeit für die Vornahme dieser Operation irgendwie anders anlegen werden als jetzt verabschiedet. Es sei denn, daß sie einem starken und nachhaltigen Druck ausgesetzt würden, der von außen kommen oder im Innern ihrer eigenen Völker entstehen könnte.

Die Entschaffung eines solchen politischen Drucks ist allerdings höchst unwahrscheinlich. Aber wir müssen dennoch, um nicht widerprüchlos in endlose Sklaverei zu geraten, jedes Mittel anwenden, das sich uns überhaupt darbietet. Wir sind in der Lage der Schiffbrüchigen, die die Notflucht suchen und mit der letzten Kraft das alles seefahrenden Völkern bekannte Signal „S. D. S.“ (Save our souls — Rettet uns aus Todesnot) ausstenden. Wir wollen denen, die nicht unmittelbar zu den Händen und Erpressern gehören, die Verantwortung ihres Scheiterns nicht zu leicht machen, sondern sie vor die Frage stellen, ob sie das himmelschreiende Unrecht, das dem deutschen Volke angetan werden soll, billigen oder nicht, ob sie schweigend dabei stehen und dadurch den Zeichenredner des Scheiterns gewähren oder ihre Stimme im Namen der Gerechtigkeit und Menschlichkeit gegen Niedertracht und Raub erheben wollen.

Diese Frage muß nach drei Richtungen gestellt werden. Erstens nach Amerika, dessen Präsident und verantwortlicher Staatssekretär im Balkanvertragsvertrag vom 5. Nov. 1918 das feierliche Versprechen gegeben haben, der abzuschließende Frieden müsse den 14 Punkten Wilsons, in denen jede Kriegsschuldigung ausdrücklich verurteilt war, entsprechen. Wilson, der sein eigenes Werk in Versailles verraten hat, geht mit Schimpf und Schande, beladen mit dem Fluch der gereinigten Menschheit, aus seinem Amt. Eine neue Administration erweist die Fügel der amerikanischen Politik; das Verhältnis Amerikas zu den Alliierten und zu Deutschland muß in wenigen Wochen neu geregelt werden. Diese Zeit gilt es auszunutzen und dementsprechend zu handeln.

Sodann ergeht die Frage, ob im Herzen Europas ein Sklavensaat unter der Fuchel schwarzer, französischer „Kulturträger“ entstehen soll, ohne daß sich ein Anwalt der gekränkten Menschheit innerhalb der dem Völkerbund als Mitglieder angehörenden, im Vollen neutral gebliebenen Staaten erheben würde. Soll der Völkerbund nichts sein als eine Fassade, hinter der der Entente-Imperialismus das deutsche Volk erdrückt, um es seine Parität zu verhandeln, oder soll er ein Bund freier Völker sein? Kann ein Staat wie Schweden, die Schweiz, die großen südamerikanischen Republiken, in einem Bund mit Alliierten bleiben, deren Staatsmänner sich wie Straßräuber benehmen und auf der Lüge der alleinigen Kriegsschuld des deutschen Volkes die Verfassung einer Kulturunion begründen wollen? Die Frage aufzuwerfen, heißt sie auch verneinen. Aber vor diese Frage müssen jene Staaten auch wirklich gestellt werden.

Und endlich muß sich der deutsche Ruf an die sogenannte „Internationale der Arbeit“ richten. Die deutsche Sozialdemokratische Partei, die immer noch das wichtigste Mitglied der zweiten Internationale ist, wenn sie auch infolge der eigenartigen Zusammenziehung und Organisation des Verbandes neuerdings etwas in den Hintergrund gedrängt wurde, ist es dem deutschen Volk schuldig, eine unzweideutige Stellung der Internationalen herbeizuführen. Der „Temps“, das Blatt der französischen Regierung, hat ganz klar die Lage als eine wesentlich wirtschaftliche bezeichnet, indem er am 25. Jan. schrieb: „Wenn Deutschland nicht reich wird, kann es nicht zahlen, und wenn es sich durch seinen Handel bereichert, erliegen wir seiner Konkurrenz.“ Diese ökonomische Seite der Frage berührt die Arbeiterkraft aller Länder in erster Linie. Was die deutsche Arbeiterkraft angeht, so wird sich, wenn es nach dem Willen der Franzosen, Doumer und Lloyd George, der Torga und Churchill ginge, ihre Lage von der der Regier-Sklaven nur durch die Hantel der Beteiligten unterscheiden.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die deutschen Kohlenlieferungen bewirken dauernd Preisrückgänge in den Kohlenpreisen des europäischen Marktes.

Sinken des Marktwertes. Infolge der französischen Milliardenforderungen ist die deutsche Mark erheblich weniger im Werte gefallen.

Am den Acht-Stunden-Tag. Dem deutschen Reichstage ist der „Deutschen Umchau“ zufolge aus Erfurter Arbeitnehmern eine Eingabe zugegangen, in der um die Aufhebung des Acht-Stunden-Tages für Familienväter, die im Interesse ihrer Familie länger arbeiten wollen, gebeten wird.

Die Entlassung entbehrlicher Volkshelfer. In der vom „Vorwärts“ und der „Freiheit“ besprochenen Kündigung entbehrlicher Volkshelfer wird von amtlicher Seite festgestellt, daß sie im Einvernehmen mit den Betriebsräten erfolgt. Die bisherige Arbeitsverteilung soll aufgehoben werden. Diejenigen, die sich freiwillig zur Entlassung melden, genießen verschiedene Vergünstigungen.

Eintreffen der amerikanischen Wilschiffe. In den nächsten Tagen trifft in Bremerhaven beziehungsweise in Bremen der erste Transport der amerikanischen Wilschiffe ein. Es sind im ganzen 742 Räder.

Der Abstimmungstermin für Oberschlesien. An unabhängiger Stelle ist nichts davon bekannt, daß der Abstimmungstermin für Oberschlesien später gelegt werden soll; allerdings ist der bisher genannte Termin, der 13. März, amtlich noch nicht bekannt. Die letzten Anmeldungen zur

